



BPW SWITZERLAND
Business & Professional Women



grünliberale



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz



SP Frauen Schweiz
Femmes socialistes suisses
Donne socialiste svizzere



FDP
Die Liberalen
Frauen

alliance F

Bund Schweizerischer Frauenorganisationen
Alliance de sociétés féminines suisses
Alleanza delle società femminili svizzere



Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
Femmes Protestantes en Suisse (FPS)

Medienmitteilung Frauenallianz

Bern, 8. Februar 2013

Abstimmung vom 3. März 2013 Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die gesellschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit und gehört daher als wichtiges Bekenntnis in unsere Bundesverfassung. Aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht braucht es nun Anstrengungen: Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. Die Verantwortung bleibt dabei bei den Kantonen, womit die Subsidiarität gewahrt wird. Die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen ist der Grundstein für eine Gesellschaft in der Frauen und Männer auf Augenhöhe Verantwortung in der Familie und im Beruf übernehmen.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist ein zentrales Element einer zeitgemässen Familienpolitik. Die Vereinbarkeit trägt zur Bekämpfung von Familienarmut, Verwirklichung der Chancengleichheit für die Kinder, Steigerung der Produktion und des Volkseinkommens, Bewältigung der demografischen Herausforderungen sowie zur Gleichstellung von Mann und Frau bei.

Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen wird respektiert

Der vorgeschlagene Verfassungsartikel respektiert die Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund erhält lediglich eine subsidiäre Kompetenz, die erst zum Zuge kommt, wenn die Bestrebungen der Kantone und Dritter nicht ausreichen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Volkswirtschaftlich sinnvoll

Gute Rahmenbedingungen für die Familien bilden einen Erfolgsfaktor für die Schweiz. Sie fördern das qualitative Wirtschaftswachstum und eine bessere Ausschöpfung des (Human-)Kapitals. Die Wirtschaft kann auf eine erhöhte Partizipation der Frauen und Männer am Arbeitsmarkt zählen und muss nicht auf das grosse Know-how der vielen gut ausgebildeten Menschen verzichten.

Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen sagt: „Dieser Verfassungsartikel ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der Männer und Frauen gemeinsam Verantwortung für Familie und Beruf übernehmen. Die Volkswirtschaft wird davon profitieren!“

Christina Werder, Zentralsekretärin Gleichstellungspolitik, SGB sagt: *Noch immer fehlen Tausende von Krippenplätze mit pädagogischem Konzept und guten Arbeitsbedingungen. Dieser Verfassungsartikel ist wichtig, damit endlich die notwendigen Strukturen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit geschaffen werden.*

Lucrezia-Meier Schatz, Geschäftsführerin Pro Familie Schweiz, sagt: *Wer die Eigenverantwortung der Familien fördern will, muss ihnen die Möglichkeit geben, ihren Familienalltag zu gestalten und ihre Lebensgrundlage zu sichern, sonst laufen sie die Gefahr, von staatlicher Unterstützung wie z.B. Sozialhilfe, Prämienverbilligungen und Stipendien abhängig zu werden. Ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten sichert den Familien die Wahlfreiheit und entlastet nachhaltig den Staat. Wer rechnen kann, weiss um die Win-Win Situation, denn tiefere Sozialausgaben, tiefere Integrations- und Wiedereingliederungskosten, gedeckte Infrastrukturkosten durch höhere Steuereinnahmen sind positive Folgen für den Staat.“*

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin Grüne Frauen: *Nur eine umfassende, familienergänzende Kinderbetreuung garantiert Frauen Kontinuität im Berufsleben und verhindert, dass Kinder zu einem Armutsrisiko werden. Ein breit gefächertes Angebot trägt nicht nur gleichstellungs-, bildungs- und sozialpolitischen Zielen Rechnung, sondern ist auch ein wichtiger Integrations- und Standortfaktor: Wie eine Studie¹ dokumentiert, kommt jeder in Kinderbetreuungsplätze investierte Franken in 3-facher Form zurück.*

Auskunft erteilen:

- Monique Ryser, Präsidentin BPW, 079/207 51 44
- Lucrezia Meier-Schatz, Nationalrätin, Pro Familia Schweiz, Geschäftsführerin, 079/639 14 77
- SP Frauen, Cesla Amarelle, Nationalrätin, Vize-Präsidentin, 079 240 46 87
- GLP, Kathrin Bertschy, Nationalrätin BE, 078/667 68 85
- BDP, Ursula Haller Nationalrätin BE, 079/330 72 60
- Grüne Frauen Schweiz, Katharina Prelicz-Huber, 076/ 391 79 15
- alliance F, Rosmarie Zapfl, Präsidentin, 079/ 425 54 31
- Evangelische Frauen Schweiz, Liselotte Fueter, Co-Präsidentin, 079/302 45 35
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Christina Werder, Zentralsekretärin Gleichstellungspolitik: 079/341 90 01
- CVP Frauen, Babette Sigg, Präsidentin, 076/373 83 18
- FDP.Die Liberalen Frauen, Carmen Walker Späh, Präsidentin, Kantonsrätin ZH, 079/575 67 66

¹ Büro Bass, Kindertagesstätten zahlen sich aus, 2001